

## "Die Republik Zypern will 2004 der EU beitreten" in Handelsblatt (11. September 2001)

**Quelle:** Handelsblatt. 11.09.2001. Düsseldorf: Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH.

**Urheberrecht:** (c) 2004 Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH

**URL:**

[http://www.cvce.eu/obj/"die\\_republik\\_zypern\\_will\\_2004\\_der\\_eu\\_beitreten"\\_in\\_handelsblatt\\_11\\_september\\_2001-de-ef28f4c4-77a6-47bf-9911-5c7771a5ef61.html](http://www.cvce.eu/obj/)

**Publication date:** 18/09/2012

## Die Republik Zypern will 2004 der EU beitreten

**Zyperns Außenminister Ioannis Kassoulides hofft noch vor dem EU-Beitritt seines Landes auf eine Wiedervereinigung der geteilten Insel. Sollte es nicht dazu kommen, werde die EU-Mitgliedschaft der Republik Zypern den Kräften, die eine Vereinigung anstreben, eine neue Dynamik verleihen.**

Jochen Hoenig

Handelsblatt, 11.9.2001

BRÜSSEL. Die Regierung Zyperns geht fest davon aus, dass das Land 2004 EU-Mitglied wird. Die EU hat dies zehn der zwölf Kandidaten in Aussicht gestellt. Probleme, die seitens der Türkei für den Fall einer alleinigen Aufnahme der Republik Zyperns heraufbeschworen werden, sind für Zyperns Außenminister Ioannis Kassoulides „ein Bluff.“ „Ich erkenne keine Bedrohung. Die Türkei hat kein Veto-Recht“, sagte der Minister in Brüssel in einem Gespräch des Handelsblatts.

Die Beitrittsverhandlungen laufen problemlos. Kassoulides erwartet ihren Abschluss im ersten Halbjahr 2002. Die EU-Aufnahme Zyperns wird jedoch von der Teilung der Insel belastet.

Kassoulides zufolge hat Ankaras Außenminister Ismail Cem am Wochenende die EU-Außenminister auf Probleme hingewiesen, die sich aus der Aufnahme nur der im Süden liegenden Republik Zyperns in die Union ergeben könnten. Cem habe dies als Prognose und nicht als Drohung verstehen wollen. „Ich sehe keinen Anlass für irgendwelche Probleme und auch keine drohende Annektierung durch die Türkei“, so der Minister. Abgeordnete des Europaparlaments hatten Ankara vergangene Woche vor einer Annektierung der nur von der Türkei anerkannten Republik Nordzypern als Reaktion auf den Beitritt der Republik Zyperns gewarnt.

Die EU strebt grundsätzlich die Aufnahme eines wiedervereinigten Zyperns an. Beim EU-Gipfel 1999 in Helsinki hatten die Staats- und Regierungschefs aber klar gestellt, dass die Beilegung des Konflikts keine Voraussetzung für die Aufnahme Zyperns in die Gemeinschaft sei.

„Nach unserem Beitritt wird der Vereinigungsprozess eine neue Dynamik bekommen“, prognostiziert der Minister. Die Bevölkerung im Nordteil der Insel verbindet mit der EU-Mitgliedschaft Wohlstand und politische Sicherheit. Kassoulides: „Die Unzufriedenheit der türkischen Zyprioten mit der Regierung Denktasch ist nicht mehr zu übersehen.“ In der parlamentarischen Opposition formiere sich ein wachsender Widerstand gegen die starre Haltung des politischen Führers Rauf Denktasch.

Dieser hatte sich Ende 2000 aus den Friedensgesprächen zurückgezogen, nachdem Uno-Generalsekretär Kofi Annan ein Konzept für die politische Zukunft eines vereinigten Zyperns präsentiert hatte. Zyperns Präsident Glafkos Klerides und Kassoulides werden heute in New York mit Annan erneut über die Beilegung des Konflikts sprechen. Denktasch hat die Einladung Annans trotz intensiver diplomatischer Bemühungen von US-Regierung, EU-Erweiterungskommissar Günter Verheugen und der Uno-Spitze abgelehnt.

„Mir scheint es“, sagt Kassoulides, „dass selbst die türkische Regierung versprochen hat, Denktasch zur Rückkehr zu den Gesprächen zu bewegen. Die Türkei wird aber nicht von einem, sondern von mehreren Entscheidungsapparaten geführt: Von den Militärs, dem Nationalen Sicherheitsrat und der Regierung.“ Denktasch habe höchst wahrscheinlich von den Militärs Rückendeckung für seine Absage an die Einladung nach New York erhalten, vermutet der Außenminister. „Denktasch ist nur stark, wenn die drei Machtzentren verschiedene Interessen haben. Dann kann er sie gegen einander ausspielen“, vermutet der Minister. Uno-Generalsekretär Annan hat nach der Wiedervereinigung die Schaffung eines föderalen Staates angeregt, dessen Regierung minimale Befugnisse haben soll. Die übrigen politischen Aufgaben sollen den Plänen zufolge von den zwei regionalen Regierungen übernommen werden. Die EU unterstützt diesen Ansatz, Denktasch lehnt ihn ab.

Kassoulides gibt die Hoffnungen auf eine baldige Vereinigung nicht auf. „Ich bin nicht pessimistisch, dass

wir dies bis 2004 schaffen können", sagte er. Sollte es vor dem EU-Beitritt Zyperns nicht zur Aufhebung der Teilung kommen, wird in Brüssel erwogen, bei einer Wiedervereinigung so zu verfahren wie vor zehn Jahren im Fall der Integration der ehemaligen DDR in die EU.

Die zypriotische Regierung denkt unterdessen schon über den EU-Beitritt hinaus. „Zwei Jahre nach unserer EU-Mitgliedschaft werden wir auch der Währungsunion beitreten", gibt Kassoulides zu verstehen. Er begründet dies mit der stabilen Entwicklung der Wirtschaft.